

Volks-Zeitung

Freitag das achtseitige farbig illustrierte Witzblatt ULK

Mit „Jede Woche Musik“

Moden-Zeitung

Sport-Zeitung

Film-Zeitung

Hausgarten-Zig

Techn.-Zeitung

Witzblatt „ULK“



Druck und Verlag Rudolf Mosse, Berlin S.W.

ersch. täglich 2mal, Sonntags, Postamt und Montag einmal...

Die Schweiz darf keine Spione dulden! Thälmann abgesägt - Elternversammlung

Nur Misserfolg?

Das Ergebnis der neunten Bundesversammlung

Von Professor Dr. Hans Wehberg

Die neunte Versammlung des Völkerbundes in Genf hat keine Überraschungen gebracht. Sie hat insbesondere in der hochbedeutsamen Abrüstungsfrage, auf deren baldige Lösung so viel ankommt, keinen Schritt vorwärts getan.

Somit ist man versucht, von einem Misserfolge der neunten Bundesversammlung zu sprechen. Aber dieses Urteil wäre, wie mir scheint, übereilt und würde die Ergebnisse der Methoden friedlicher Streitleitung ungewürdigt lassen.

Bei der Annahme des Berichts über die Arbeiten des Sicherheitsausschusses betreffend Artikel 11 und 16 der Satzung hat die Bundesversammlung auf neue betont, dass der Völkerbund in erster Linie an die Verhütung des Konflikts, nicht an die Niederwerfung des Angreifers zu denken hat.

Direktor Hennigsen vor den Eltern

Die Vorkommnisse an der Königstädtischen Oberrealschule

Das Verschwinden des Obersekundäners Bernhard Janssen von der Königstädtischen Oberrealschule hatte das Lehrerkollegium veranlasst, auf gestern Abend eine Elternversammlung einzuberufen, in der auch über den Fall des Unterprimäners Schumann, der seinen Ordinarius und seine Mitschüler mit dem Revolver bedroht hatte, und den Fall des Schülers Schulz, der ebenfalls vor einiger Zeit aus dieser Lehranstalt für mehrere Tage verschwand, Aufklärung gegeben werden soll.

Der Leiter der Anstalt, Oberstudienrat Hennigsen, erklärte zu Anfang seiner sympathischen Ausführungen, dass die Frage geklärt werden müsste, ob das Schulsystem, in das auch die Anstalt eingegliedert sei, Schuld an den Vorfällen trüge, oder aber die Königstädtische Oberrealschule als einzelner Betrieb. Er kam dann auf den Fall Schumann zu sprechen. Der Schüler sei ein äusserst begabter Mensch.

Eines Tages habe er einen Anschlag am schwarzen Brett erscheinen lassen, in dem er seine Kameraden aufgefordert habe, gegen das „Misdianige deutsche Schulwesen“, das schon so viel Jugendlichen das Leben zerstört habe, anzukämpfen.

Schumann habe dann in diesem Auftrufe folgende Forderungen aufgestellt: Höchstens 30 Unterrichtsstunden wöchentlich, Abschaffung der Schulstrafen, nicht mehr als eine Stunde Hausarbeit täglich und Absetzung aller sich nicht zur Erziehung eignenden Lehrer. Der Aufruf habe geschossen mit den Worten, dass die Jugend von den Erziehungsbekannt an grünen Tisch nicht gelötet werden könnte und weiterleben werde.

als unzureichend erwiesen haben. Eingehend geprüft werden soll ferner, ob der Beschluss von Rat und Bundesversammlung ein Gutachten des Weltgerichtshofs einzuholen, Stimmeneinheit oder Stimmenmehrheit erfordert.

Hat somit die Bundesversammlung hinsichtlich des Verfahrens zwecks Beilegung internationaler Konflikte wertvolle Anregungen gegeben, Entwürfe ausgearbeitet und Untersuchungen angeordnet, so hat man leider die grundlegenden Fragen einer Kodifikation des Völkerrechts allzu vorsichtig angepackt. Festgehalten hat man allerdings an dem Beschlusse, für 1929 eine Kodifikationskonferenz einzuberufen.

sch. Schumann habe sich als Reformator und Revolutionär gefühlt, habe sich in seine Gedanken so verliessen, dass es denn eines Tages zu der Revoluzzerene gekommen sei.

Der Direktor behandelte dann den Fall des Schülers Schulz. Dieser 14jährige Obertertiärer sei schon einmal vor einjährig Jahren allein nach Hamburg gefahren, wahrscheinlich aus Abenteuerlust. Es habe sich später herausgestellt, dass er ein Buch „Der blinde Passagier“ gelesen habe und unter dem Einfluss dieser Lektüre genau so wie der Held der Geschichte zu handeln versucht habe. Schulz mit seiner blühenden Phantasie passe besser in ein Landziehungsheim, aber nicht in eine Schule der Grossstadt mit hohen roten Mauern, die eben fast nur auf das formale Bildungssystem eingestellt sei.

dass unsere Schule an einem Zuviel an Fächern und Wissensstoff leidet.

In anderen Ländern käme man mit viel weniger aus. Die Schule stöhne unter dem Berechtigtwesen, besser Berechtigtwesen. Jetzt habe sogar eine Schumacherinnung gefordert, dass der eintretende Lehrling das „Einjährige“ haben müsse. Das Schreckgespenst des Abituriums, bei dem eine Prüfung vor den Behörden abgelegt werden müsste, bedeute für Schüler, Lehrer und Eltern eine unerträgliche Belastung.

von Zeit zu Zeit neu herauszugebenden Gesetzbuch zu vereinigen.

Für die Unterbringung des Völkerbundes und damit für den regelmässigen Gang seiner Arbeiten von hervorragendem Wert ist der Beschluss, mit dem Bau des Völkerbundpalastes nunmehr zu beginnen und ihn im Genfer Park Ariana, also an anderer als der ursprünglich vorgesehenen Stelle, zu errichten. Man rechnet damit, dass der Palast in etwa fünf Jahren fertig sein wird.

Die anderen Beschlüsse der Bundesversammlung betreffen in der Hauptsache die Fortführung der bereits in Angriff genommenen Bestrebungen auf dem ungeheuer grossen Tätigkeitsfelde des Völkerbundes.

Hervorgehoben sei noch, dass alle Mitglieder des Völkerbundes ausser Argentinien, Peru, Bolivien und Honduras auf der Bundesversammlung vertreten waren. Die Ratswahlen hatten ein im wesentlichen erfreuliches Ergebnis: Es erfolgte der Eintritt Venezuelas und Persiens sowie der Wiedereintritt Spaniens in den Völkerbundsrat. Spanien würde für wieder wählbar erklärt.

Das Hauptverdienst der Bundesversammlung besteht somit in dem grossen Verständnis, das sie den Arbeiten des Sicherheitsausschusses entgegengebracht hat. Die spätere Entwicklung des Völkerbundes dürfte in stärkster Masse besonders an die deutschen Vorschläge im Sicherheitsausschuss anknüpfen, welche die Bundesversammlung erfreulicherweise angenommen hat.

Energische Fragen — matte Antwort

Der faschistische Spitzelskandal vor dem Schweizer Parlament / Eine Erklärung Mottas

BERN, 27. September.

In der schweizerischen Bundesversammlung kamen heute nachmittag die Affäre Rossi und die Tessiner Spionagegeschichte zur Behandlung. Eine Reihe von Interpellationen liegen vor.

In der Interpellation des Genfer Liberalen Manoir werden folgende Fragen gestellt: 1. Kann der Bundesrat Auskunft geben, ob es zutrifft, dass ein italienischer Staatsangehöriger namens Cesar Rossi auf Schweizer Boden das Opfer eines Hinterlassenen geworden ist, mit dem Zwecke, ihn auf italienisches Gebiet zu locken und ihn den Polizeibehörden von Campione in die Hände zu spielen? 2. Ist direkt oder indirekt ein Dazwischentreten oder eine Beihilfe von Agenten der italienischen Regierung festzustellen? 3. Falls diese Tatsachen zutreffen oder wenn ganz allgemeine Fälle von auf Schweizer Gebiet erfolgten Spionage nachgewiesen sind,

welche Massnahmen gedenkt der Bundesrat zu ergreifen, um der schweizerischen Souveränität und Würde Achtung zu verschaffen?

Angriffslosiger als Manoir, der sich auf Fragen beschränkt, spricht der tessinische Sozialdemokrat Zelli. Er beschuldigt die Italiener unter Angabe zahlreicher Namen einer umfangreichen Spionagetätigkeit. Italienische Polizeibeamte hätten sich mit falschen Pässen, die von italienischen Behörden ausgestellt worden seien, in die Schweiz begeben, um Rossi in ihr Netz zu locken. Als Beweis der Spionageorganisation führte er u. a. folgendes an: Ein gewisser Verzari (der inzwischen von den schweizerischen Behörden ausgewiesen worden ist) habe im Auftrage des Sekretärs des Fascio von Bern, des italienischen Vizekonsuls in Bern und eines Beamten der politischen Polizei einen Spionagedienst ausgeübt. Die Spesen des Dienstes seien von der italienischen Gesandtschaft in Bern getragen worden. Für ihn handle es sich nicht um Rossi, einen der Mörder Matteotti, sondern um die Würde des Staates. Seit mehr als fünf Jahren habe dieser Spionagedienst in der Schweiz bestanden. Der Bundesrat aber habe sich nicht geübt. Wegen seiner Nachlässigkeit sei die „italienische Gesandtschaft“ unvermehrt geworden. Der Redner schliesst mit dem Rufe:

„Herr Motta, Ihr Heimatkanton erwartet von Ihnen eine Befreiung!“

Der zweite sozialdemokratische Redner, der sich in ähnlichen Gedankenängsten ergeht, gibt unter Heiterkeit bekannt, dass auf der von den Spionen aufgestellten schwarzen Liste auch einige schweizerische Nationalräte zu sehen seien.

In längeren Ausführungen legte Bundesrat Motta, der Chef des eidgenössischen politischen Departements, den Standpunkt der schweizerischen Regierung dar. Die ganze Angelegenheit bilde gegenwärtig den Gegenstand heikler diplomatischer Besprechungen und es sei daher nicht möglich, sie in allen Einzelheiten zu behandeln.

Der Text der schweizerischen Note, die am 19. September durch den schweizerischen Geschäftsträger in Rom dem italienischen Unterstaatssekretär des Aussenministeriums, Grandi, übergeben worden war, wird vom Redner verlesen. Sie gibt eine klare Darstellung der Verhaftung Cesare Rossis, die sich mit den von der Presse wiedergegebenen Tatbestände völlig deckt. Die Note kommt zum Schluss, dass Beamte der politischen Polizei oder Personen, die im Einvernehmen mit ihr standen, auf schweizerischem Gebiet Handlungen vorgenommen haben, die die Verhaftung von Personen auf italienischen Boden sicherstellen sollten. Der schweizerische Bundesrat erkläre in diesen Umständen Handlungen, die einen Eingriff in die schweizerische Souveränität bildeten und demnach mit dem Völkerrecht im Widerspruch stehen.

Der Bundesrat bittet die italienische Regierung um eine strenge Untersuchung und Anordnung von Strafmassnahmen.

Pauke

Eine drollige Sache nach einer wahren Begebenheit

Weit draussen in einem Winkel der Vorstadt — wo die ersten märkischen Roggenfelder und Wiesen die letzten Blöcke der Mieskasernen ablösen — da grünt und blüht noch ein Geschäft. Es ist das Geschäft des reichen und gestrengen, sehr gestrengen Herrn Baumturmehrsers Friedrich Pauke.

In seiner Strenge ist er besonders scharf auf alle Drückberger und Bummelanten. Seine Arbeiter kontrolliert er selbst! In aller Frühe schon saust er in seinem Auto an die verschiedenen Bauplätze. Er ist ein sehr aktiver Mann der deutlichen Wirtschaft...

Eines Tages erspäht Pauke Falkenauge einen rotblonden Arbeiter, der sich abhangens aus Gerüst lehnt und dabei sein Pfeifchen schmokt.

„Aha!“ denkt Pauke wütend, „schon wieder einer, der nicht zu thun hat!“

Er knurrt wie ein Feldwibel: „Sie komm' Sie mal her!“ Der Arbeiter eilt heran. „Sag' Sie mal, wie lange sind Sie eigentlich schon hier?“ — „Heute sind et man jrade sechs Tage...“

Pauke kocht: „So — also sechs Tage steha Sie hier herum und faulenzien!“

„Aber Herr — alaunb Se mal...“

Pauke schäumt: „Rrrrr! Sie sind sofort entlassen! Sofort! Frischlos!“

Der arme Tropf will sich verteidigen: „Aber jestatten Se mal...“

Pauke kocht über: „Sein Sie ruich! Ich will Ihre Ausreden nich' bhörn! Sie — sind — entlassa —!“ Er zückt seine Brief-tasche: „Ich bezahle Ihnen fünf Tage... Hier! Sind fünfundsindis' ig Mark! Rrrruhe: Hier noch meinetwegen zwei Mark für heute — wer' mich mit euch nich' rumschlagen beim Gericht. — So — Ihre Papiere holn Sie sich vom Bureau! Ich wer' euch schon das antreichern. — So eine Schweinerei!“

Die Attacke war famos, Pauke strahlte.

Der Arbeiter ging kopfschüttelnd davon.

Mittags erscheint der Polier zu einer Konferenz in Paukes Bureau.

Die Note macht weiterhin die italienische Regierung darauf aufmerksam, dass italienische staatliche Organe in der Schweiz Agenten verwenden, um einen ständigen Nachrichtendienst auszuüben. Der Bundesrat habe sich dabei veranlasst gesehen, zwei Italiener aus der Schweiz auszuweisen. Er behalte sich



Bundesrat Motta

vor, die Massnahmen zu treffen, die er für geeignet halte, damit sich solche Zwischenfälle, wie die Affäre Rossi und die Tessiner Spionagegelegenheit nicht mehr wiederholen könnten.

Bundesrat Motta knüpfte an die Verlesung der Verbalnote noch eine Reihe von Erläuterungen an, wobei er besonders be-

tonnte, dass der Fall Rossi nicht mit dem unerlaubten Nachrichtendienst gegen Schweizer Bürger und in der Schweiz niedergelassener Ausländer verwechselt werden dürfe. Der Sprecher des Bundesrats erklärte fernerhin, dass die im Besitz der eidgenössischen Behörde sich befindlichen Untersuchungsakten eindeutig bewiesen, dass die zwei ausgewiesenen Italiener Vezzari und Verzini einen politischen Nachrichtendienst betrieben hätten, der sowohl gegen Schweizer Bürger, wie gegen Ausländer gerichtet war. Auch weitere Personen scheinen in die Sache verwickelt zu sein. Fest steht, dass ein italienischer Beamter, der in Bern wohnt, jedoch keine diplomatische Tätigkeit im eigentlichen Sinne des Wortes ausübt, unmittelbar an diesen Spionageaffären mitgewirkt hat. Hingegen steht nicht fest, dass diplomatische und konsularische Organe Italiens eins mit dem Völkerverbund im Widerspruch stehende Tätigkeiten erfüllt haben. Bundesrat Motta erklärte im Namen des Bundesrats,

dass die schweizerischen Behörden keinerlei unerlaubten Nachrichtendienst auf schweizerischem Gebiet dulden.

Die beiden Ausweisungen, die bereits verfügt wurden, und diejenigen, die der Bundesrat noch anzuordnen sich vorbehalte, bekräftigten aufs entschiedenste diesen Willen.

Bundesrat Motta betont zum Schluss, dass die Erhaltung und der Aufbau der Freundschaft Italiens von grundlegender Bedeutung für die schweizerische Eidgenossenschaft sei. Auch wenn die staatlichen Einrichtungen Italiens und der Schweiz auf verschiedenen Grundsätzen gegründet seien, so brauche man doch dieser Verschiedenheit dem gegenseitigen Verstehen kein Hindernis in den Weg zu legen. Motta schloss seine Erklärungen mit der Bitte an den Nationalrat, sowie die öffentliche Meinung, dem Bundesrat Vertrauen zu schenken, denn die beiden Regierungen sollten ihre Besprechungen in voller Unabhängigkeit im Geiste redlicher Freundschaft fortsetzen können.

Die Rede Mottas wurde vom Parlament mit Beifall, aber ohne sichtliche Begeisterung aufgenommen.

Der erste Eindruck in den Kreisen der Schweizer Presse ist der, dass die Antwort wohl etwas energischer hätte gehalten sein können. Manoir erklärte sich von der Antwort befriedigt, nicht aber die Sozialdemokraten.

Fort mit den Kriegstrophäen!

Erfreuliche Initiative eines Londoner Bürgermeisters

LONDON, 27. September.

Auf der nächsten Versammlung der Bürgermeister der einzelnen Stadtbezirke Londons wird auf Grund eines Antrags des Bürgermeisters W. F. Castle, der seinen einzigen trags des Krieges verloren hat, über die endgültige Entfernung der noch auf öffentlichen Plätzen vorhandenen Kriegstrophäen eine Debatte stattfinden. Diesen Antrag begründet er damit, dass es im Interesse des Friedens wesentlich sei, dass die Bevölkerung Londons nicht immer wieder durch Trophäen an den Krieg erinnert wird. Ausserdem beabsichtigt der Bürgermeister, sich an die Liga der französisch-englischen Kriegsteilnehmer zu wenden und sie zu bitten, seinen Appell zu unterstützen.

Mitteldeutscher Bergbauschiedspruch verbindlich erklärt. Die Schiedssprüche in der Lohn- und Arbeitszeitfrage im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau sind vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden. Den Schiedsrichter in der Mantelariffrage hatten, wie erinnerlich, beide Parteien angenommen.

Pauke blitzte den Polier an: „Sag' Sie mal — ham Sie denn das nich' jesehn, dass der Kerl von heute morgen ein Bummler war?“

Der Polier grübelte: „Ein Bummler...? Meinen Herr Pauke den Rothhaaren, der am Gerüst stand, Pfeife rauchte?“

„Jawohl!“ sagte Pauke streng. „Gerade den meine Ich!“

Der Polier blickte Pauke mitteilend an: „Entschulpen Sie, Herr Pauke, entschulpen Sie...“, der hätte ja so jerne anfangen... Der war ja in Arbeitlosor...“

Friedrich Pauke sackte langsam rücklings ab. Helmut Redlow

„Die 3-Groschen-Oper“ hat im Theater am Schiffbauerdamm bei der 35. Aufführung wieder starken Beifall gefunden. Die Räuberbraut wird jetzt von Charlotte Ander sehr lebenswürdig gespielt, und man freut sich, die Künstlerin von ihrem schweren Unfall wiederhergestellt auf der Bühne begrüssen zu können. Erich Ponto, Harald Paulsen, der Updichter Brecht und der musikalische Illustrator Kurt Weill konnten sich am Schluss wieder mehrfach verneigen.

25mal „Fräulein Mama“. Im Deutschen Künstler-Theater erlebte Verneuil von Richard Kessler, Willi Kollo und Hugo Hirsch den Berliner nahegebrachten Stück seine 25. Aufführung. Die Premierbesetzung mit Carola Toebe, Trude Hesterberg, Max Hansen, Hermann Boettcher und Egon von Jordan, die alle hervorragend zusammenspielen, erlachte reichlich, die flüsternde Aufführung verheissenden Beifall, der auch dem hiesigen Orchester galt.

Kindertheater in der Klosterstrasse. Eine Schar aufgeregter, schwatzender, piependen Kinder füllt den Theaterraum, verfolgt mit Spannung die Vorgänge auf der Bühne. Das Märchen von Rotkäppchen kennen sie alle und zittern um das kleine, auf der Bühne herumspüßende Mädchen, warnen es mit lauten Zwischenrufen, um es vor dem Aufgefressen zu bewahren und strahlen, wenn am Schluss der böse Wolf im Brunnen ersinkt. Die Aufführung ist einfach, fast primitiv, aber das kleine Volk ist beglückt. Das lustigste allerdings an diesen Nachmittagsvorstellungen sind die Kleinen selbst.

In der Volksbühne, Theater am Bülowplatz, geht am 16. Oktober „Die amerikanische Tragödie der sechs Matrosen von S. 4“ unter der Regie von Leo Reuss in Szene.

Der Freipass für Totschläger

Reichsbanner-Protest gegen den Heidorn-Freipass

HAMBURG, 27. September.

Zu dem ungläublichen Freipass des Nationalsozialisten Heidorn, durch den die Ermordung des Reichsbannermitgliedes Heidorn ungesühnt bleibt, erlöst heute der Gavorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Hamburg-Bremen-Nordhannover folgende Kundgebung, die der berechtigten Erregung des Reichsbanners Ausdruck gibt: „Der unterzeichnete Vorstand hat mit Empörung von dem Urteil eines Hamburger Gerichtes Kenntnis genommen, das einen völkischen Totschläger in Schutz nimmt, diesen Mord ungesühnt lässt. Mit erster Sorge für das Zusammenleben des deutschen Volkes muss eine Rechtsprechung betrachtet werden, die die Ausflüchte von Raufbolden und Schießhelden durch derartige Freipässe anerkennt und die Kämpfer für Verlassung und Recht schutzlosen den Ausschreitungen moralisch und politisch verwildertem Element preisgibt.“

Das Fehltritt wird von der gesamten republikanischen Presse Hamburgs mit grösster Schärfe abgelehnt.

„Die Wanderratten“ in der Klosterstrasse

Wenn man den vier jungen Leuten, die sich unter Führung von Theo Maret zu einer Wandertruppe, „Die Wanderratten“, zusammengesamt und eine politisch-satirische Revue „Der Zug der Zeit“ einstudiert haben, einen freundschaftlichen Rat geben darf dann ist es der: Steigt weniger tief in den Schminkkasten und tiefer in die Ereignisse des Tages! Es ist wirklich nicht erfrolich, zu sehen, wie mit künstlerischen Hilfsmitteln, mit Lippenstift und Schminke, in Kunst gemacht wird. Es ist wirklich nicht ermutigend, zu hören, wie mit allgemeinen Auslassungen, mit schwammig geschriebenen Leitartikeln, die Aktualitäten der Gegenwart übergangen werden.

Man schlägt das Abendblatt auf und findet: Reichsbanner und Stines-Skandal — Lombardschwinder Bergmann — Der letzte Fememorprozess — Herbstmanöver in Schlesien — Radioappell im Landtag — Ungeschützter Bahnübergang fordert Todesopfer.

Und was fand man im Theater in der Klosterstrasse? Einen ungesalzenen Mehlbrei, der zum Überfluss auch noch alt abgestanden schmeckt! Warum nennt man das Kind nicht bei rechten Namen? Warum greift man keine Gestalten und Probleme auf, die den Mann im Parkett interessieren, die ihm gegenwärtig sind? Man kann keine politisch-satirische Revue von Schminkkasten her, sondern einzig und allein vom Ereignis aus aufziehen. Man muss Kampf und Nicht-Kampf wollen!

Vorläufig sind „Die Wanderratten“ noch geschminkte und geschraubte Diskussionsredner einer langweiligen politischen Versammlung in der finstersten Provinz.

Vielleicht denken die Leute, denen bisher nur ein guter Name für das Unternehmen eingefallen ist, darüber nach, warum im Zuschauerraum keine Spur von Wärme und Teilnahme aufgekommen ist. Noch ist es Zeit!

F. A. O.

Neuwahl des Vorsitzenden der Sektion für Dichtkunst. Wie dem „Antlitz Preussischen Pressedienst“ von der preussischen Akademie der Künste mitgeteilt wird, findet im Monat Oktober die Neuwahl des Vorsitzenden der Sektion für Dichtkunst an der preussischen Akademie der Künste statt. Der bisherige erste Vorsitzende, Dr. Wilhelm von Scholz, hat erklärt, dass er aus Gesundheitsrücksichten nicht dauernd in Berlin welen und daher eine Wiederwahl nicht annehmen könne.

Ungerechtfertigte Freiheitsberaubung!

Was will das Zentrum mit dem „Bewahrungsgesetz“?

Der Reichstag wird sich in nächster Zeit mit dem Entwurf eines sogenannten „Bewahrungsgesetzes“ zu befassen haben, der von Mitgliedern der Zentrumsfraktion in Form eines Initiativtrages eingegangen ist. Es handelt sich dabei um die zwangsweise Unterbringung von „verwahrlosten“ Personen im Alter von über 18 Jahren in öffentlichen Fürsorgeanstalten. Der Antrag des Zentrums ist leider in seiner jetzigen Formulierung geeignet, schwerste Bedenken zu erregen, weshalb es notwendig erscheint, auf die ersten Gefahren hinzuweisen, die aus seiner unveränderten Annahme für weite Volksschichten entstehen würden.

Der Zentrumsantrag bedeutet also nichts anderes als eine Ausdehnung der schon bestehenden öffentlichen Zwangsfürsorge, deren Zweck bisher darin bestanden hatte, verwahrloste Jugendliche einer Besserungsanstalt zu überweisen.

Nunmehr sollen auch Erwachsene jenseits des Alters, die als verwahrlost gelten, oder zu verwahrlosten drohen, unter ein System der Zwangsbeurteilung gestellt werden.

Zwischen der Jugendfürsorge und der „Bewahrung“ erwachsener Personen würde immerhin ein sehr wesentlicher Unterschied bestehen. Während nämlich die Jugendlichen gebessert werden sollen, würde der eigentliche Zweck der „Bewahrung“ darin bestehen, die als „verwahrlost“ geltenden Erwachsenen auf eine nicht zu bestimmende Zeitdauer von der Ge-

sellschaft abzuschließen. Diese Schutzmaßnahme könnte, wenn man den Gedankengängen der Antragsteller folgen will, in zweifacher Hinsicht in Erscheinung treten: Einmal sollten verwahrloste Menschen davor bewahrt werden, Verbrechen zu begehen und bestraft zu werden, zweitens will man die Gesellschaft vor ernsthaften Schädigungen durch solche Elemente bewahren.

Wenn das Reichsbewahrungsgesetz diesen Zweck erfüllen soll, müsste es ganz anders formuliert sein. Zunächst müsste darin klar und deutlich ausgedrückt werden, dass nur solche Personen für die Reichsbewahrung in Betracht kommen, die durch schwerwiegende gemeingefährliche Handlungen bewiesen haben, dass durch sie eine ernste Bedrohung ihrer Mitmenschen eintritt. Wer beispielsweise fünf- oder sechsmal wegen schwerer Körperverletzung bestraft worden ist, wäre unbedingt reif dafür, auf längere Zeitdauer in „Bewahrung“ genommen zu werden. Auch vor solchen Leuten, die unter dem Schutz des Paragraphen 51 Straftaten begehen, für die sie nicht belangt werden können, muss die Gesellschaft geschützt werden.

Dagegen besteht kein ernsthafter Grund dafür, „verwahrloste“ Personen zwangsweise in geschlossenen Anstalten unterzubringen, denn „Verwahrlosung“ ist keineswegs ein Begriff, der für die menschliche Gemeinschaft als akute Gefahr angesehen werden kann.

Es wäre gleichbedeutend mit Freiheitsberaubung, wollte man erwachsene Personen unter sonnenhalfter Begründeten Gesetzesbestimmungen von der menschlichen Gemeinschaft abschließen. Schliesslich führt es doch zu weit, eine Art „Zuchthaus“ für diejenigen zu schaffen, die aus irgendwelchen Gründen — man

denke nur an die schwierigen sozialen Verhältnisse — öffentlichen Anstoss erregen, ohne sich jedoch irgendwie strafbar gemacht zu haben. Der Staat hat jedenfalls keinen Anlass dazu, angeblich „verwahrloste“ Personen, in solchen auf öffentliche Kosten errichteten Anstalten einzusperren.

Der Zentrumsantrag verzichtet darauf, eine genaue Auslegung des Begriffes „verwahrlost“ zu geben. Er sieht lediglich die Überweisung von Personen über 18 Jahren, die „verwahrlost“ sind, in die „Bewahrung“ vor, wesshalb dieser Zustand auf einer krankhaften oder aussergewöhnlichen Willens- oder Verstandesschwäche beruht und keine andere Möglichkeit besteht, diesen Zustand der Verwahrlosung und Gefährdung zu beheben.

Aussergewöhnliche Willens- oder Verstandesschwäche! Wer soll darüber entscheiden, bei welchem Menschen dieser Zustand gegeben ist und bei wem nicht? Entweder ist der Betroffene geistig gesund, dann kann man seine „Willensschwäche“ noch nicht als öffentliche Gefahr ansehen, oder ein Mensch ist geisteskrank, dann gehört er in eine Heilanstalt.

Im einen wie im anderen Falle ist die Fassung des Zentrumsantrags nur geeignet, die denkbar grösste Verwirrung zu stiften.

Und deshalb muss man diesen Antrag aus nachdrücklichste bekämpfen, damit verhindert wird, dass ausserhalb der bestehenden Strafsätze völlig unschuldige Menschen ihrer Freiheit beraubt werden. Selbst wenn man ein Reichsbewahrungsgesetz schaffen will, um die Gesellschaft vor sozialen Elementen zu schützen, so soll man sich davor hüten, sich diesen fehlerhaften Antrag des Zentrums als Grundlage zu wählen.

Anselm Jöel.

Thälmann kaltgestellt

Auf Beschluss der kommunistischen Parteizentrale — Er soll sich in Moskau verantworten

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei hat beschlossen, den Führer der Partei, den Reichstagsabgeordneten Ernst Thälmann in seiner Funktion zu entheben. Ueber die Ernennung eines neuen Führers der Zentrale der K. P. D. liegt augenblicklich noch kein Beschluss vor.

Die Gründe, die das Zentralkomitee veranlasst haben, gegen den Parteiführer Thälmann eine so schwerwiegende Entscheidung zu treffen, sind in den jüngsten Vorgängen in der Hamburger Ortsleitung der K. P. D. zu suchen, bei der bekanntlich schwere Untersuchungen von Parteigliedern begangen worden sind. Thälmann hat an sich mit diesen Untersuchungen nichts zu tun, aber er hatte gegenüber der Exekutive den Versuch gemacht, die ihm rechtzeitig zur Kenntnis gelangten Betrügereien der Hamburger Ortsleiter zu verschweigen. Augenscheinlich wollte er die Angelegenheit „ordnen“, um zu verhindern, dass die Korruption, die bei einigen K.P.-D.-Führern eingerissen ist, vor der Öffentlichkeit zu verbergen. Diese Handlungsweise Thälmanns hat das Zentralkomitee veranlasst, den bisherigen Führer zu zwingen, seine Funktionen ruhen zu lassen.

Thälmann soll sich nunmehr vor der Exekutive der kommunistischen Internationale in Moskau verantworten.

Hierüber wird in dem Beschluss des Zentralkomitees folgendes gesagt:

„Das Zentralkomitee kam dem Wunsche des Genossen Thälmann nach, ihm die Gelegenheit zu geben, seinen von ihm anerkannten schweren Fehler vor der Exekutive zu verantworten. Das Urteil der Exekutive wird veröffentlicht werden.“

Der „Vorwärts“ meint, Thälmann werde jetzt in Moskau bei dem Führer der Komintern, Herrn Stalin, Deckung suchen, denn Thälmann sei der erklärte Freund des Moskauer Exekutives, die stets dafür gesorgt habe, dass die K. P. D. unter der Führung Thälmanns bleiben sollte.

Ernst Thälmann war bekanntlich der Kandidat der Kommunisten für den letzten Präsidentenwahl, bei der er nicht viel mehr als zwei Millionen Stimmen erhalten hatte. Durch die Abfertigung Thälmanns wird jetzt die schon seit längerer Zeit bestehende Führerkrise in der K. P. D. eine erhebliche Verschärfung erfahren.

Leichte Besserung der Junglehrert

17 000 stellenlose Junglehrer in Preussen

Das Kultusministerium hat dem Landtage eine Uebersicht über die Zahl der stellenlosen Schulamtsbewerber nach dem Stande vom 13. Mai 1928 zugehen lassen. Nach dieser Uebersicht bestehen in Preussen unverändert 109 000 Lehrer- und Lehrerinnenstellen. Ohne Beschäftigung im Schuldienst verbleiben 17 710 Bewerber (gegen fast 21 000 am 15. September 1927).

Wenn auch gewisse Anzeichen dafür sprechen, dass die seit 1927 eingetretene Besserung auch in den folgenden Jahren anhalten wird, so bleibt doch das Problem ernst genug. Dass fast 17 000 Junglehrer stellenlos sind, ist eine erschütternde Tatsache. Ausserdem werden die stellenlosen Junglehrer immer älter und ihrem eigentlichen Beruf fremder. Der preussische Staat hat 1928 für Hilfslehrerstellen 5,4 Millionen Reichsmark und als Fortbildungszuschüsse 4,5 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt. Der Landtag muss auch für 1929 die gleichen Beträge beschliessen.

Wenn die Reichswehr der Polizei einen Schiessstand überlässt

Der Reichswehrrschliessplatz Dahlem kann laut Vertrag von der Berliner Polizei mitbenutzt werden. Eine Beauftragtenkorrespondenz meldet nun, dass die Genehmigung für die Mitbenutzung der Stände nur unter der Bedingung erteilt ist, dass im Gelände der Schiessstände die Reichswehroffiziere von den Beamten geprügelt werden. Andererseits haben die Mannschaften der Reichswehr einschliesslich der Unteroffiziere Befehl, die Polizeioffiziere zu grüssen. Die Reichswehroffiziere sollen, darauf wird besonders hingewiesen, auf Durchführung der Grussordnung sehr genau achten. Mit Recht schreibt die Zeitschrift des A. D. B. dazu: Die Polizeibeamten sind keine Soldaten, die vor jedem blutigen Reichswehrlauten strammzustehen haben, sondern Beamte, wie ihre Kollegen in der Verwaltung und in öffentlichen Betrieben. Was geht sie ein Reichwehroffizier an, wenn er auf einem Schiessplatz erscheint, der von der Behörde für bestimmte Zeit zur Berufsausübung zur Verfügung gestellt wird?

Grazynski, der kleine Pilsudski

WARSAU, 27. September. (Ost-Express). Der „Robotnik“, das führende Organ der polnischen Sozialistenpartei, führt eine energische Polemik gegen den Witwoiden von Schlesien, Grazynski. Ganz besonders kritisiert das Blatt die Nationalitätspolitik des Witwoiden. Nach Meinung des „Robotnik“ lasse der Witwoid in dieser Frage, die politische Taktgefühl in hohem Masse erfordere, ein solches Empfinden durchaus vermissen. Sein eigenmächtiges Verhalten und der Versuch, „Pilsudski im kleinen“ zu spielen, bedrohe Polens Interessen in Oberschlesien.

Schnelldienst

Die deutsche Delegation mit Staatssekretär Dr. von Schebert an der Spitze hat gestern Abend die Rückreise von Genf nach Berlin angetreten. Die deutsch-österreichischen Handelsvertragsverhandlungen zur Revision der bestehenden Verträge sind wieder aufgenommen worden. Zu Ehren des in Paris weilenden griechischen Ministerpräsidenten Venizelos gab der französische Ausserminister Briand heute ein Frühstück, an dem mehrere Mitglieder des französischen Kabinetts teilnahmen. Die Verhandlungen mit der rumänischen Wirtschaftsdelegation sind in den letzten Tagen fortgesetzt worden, wobei sich neue erhebliche Schwierigkeiten ergeben haben.

Verantwortl. Redakteure: für Politik, Poulletou u. die Belgien: Alfred Repp; für Gross- und Ausland: Hans-Joachim; für den Inland: Heinrich Heppelheimer; für den Inland: Fritz Scholz; für den Inland: Fritz Scholz. Für Übertragung einesandere Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin. H. 22 u. 23 Blatt. Heute: Farbige Illustration „U.L.K.“ und „Illustrierte Haus- und Garten-Zeitung“

Auch ein Schritt zur Annäherung

Beseitigung der deutsch-französischen Visumschwierigkeiten

Zwischen der deutschen und der französischen Regierung schweben Verhandlungen über die Erleichterung des Grenzverkehrs zwischen beiden Ländern. Nachdem Frankreich seit kurzer Zeit die bisher hohen Visumgebühren herabgesetzt hat, sind deutsche Verkehrsverbände beim Auswärtigen Amt vorstellig geworden, damit auch von deutscher Seite eine Herabsetzung der Gebühren für die Einreisegenehmigung oder den Wegfall des Visums überhaupt eintritt. Wie verlautet, ist

Die schönste
illustrierte Zeitung
ist

Der Welt-Spiegel

Aktuelle Bilder in prachtvoller
Wiedergabe - Packende Romane.

Jeden Sonnabend neu!
Bei den Zeitungsverkäufern, den Stadtfilialen und Boten-
frauen des Rudolf Mosse-Verlages 10 Pfennig

Das Auswärtige Amt bereitet, diesen Wünschen in weitestem Form zu entsprechen.

So dass in nächster Zeit mit einem verbilligten Visum auch ein französisch-deutscher Reiseverkehr gerechnet werden kann.

Die Verhandlungen über den Wegfall des Visums zwischen Deutschland und Frankreich sollen im Oktober wieder allgemein aufgenommen werden. Gemäss der bisherigen deutschen Politik wird das Auswärtige Amt für eine gegenseitige Aufhebung des Visums im Verkehr zwischen Deutschland und Frankreich ein-

Wieder Kohlenpreiserhöhung

Eine Taktik der Bergbauindustriellen als Antwort auf die Lohn erhöhungen

BERLIN, 27. September. In der Sitzung des Reichskohlenverbandes und des grossen Ausschusses des Reichskohlenrats am Donnerstag wurden vom mitteldeutschen und ostbairischen Braunkohlensyndikat mit Rücksicht auf die neuerdings durch Lohnhöhung und Arbeitszeitverkürzung eintretende Steigerung der Selbstkosten Anträge auf Erhöhung der Hausbrandrikettpreise gestellt.

Das mitteldeutsche Syndikat beantragte eine Erhöhung der Hausbrandrikettpreise um 1 Mark je Tonne. Diese Erhöhung bedeutet im Durchschnitt für die Briкетterzeugung des mitteldeutschen Braunkohlensyndikats eine Steigerung der Erlöse um etwa 30 Pfennig.

Der Antrag wurde in beiden Gremien angenommen. Das ostbairische Braunkohlensyndikat beantragte eine Erhöhung der Braunkohlensyndikatpreise um durchschnittlich 60 Pfennig je Tonne. Der Antrag wurde von den Organen der Kohlenwirtschaft angenommen. Von dem Vertreter des Reichswirtschaftsministers wurde dieser Beschluss

insoweit beanstandet, als die Preise über die des Vorjahres gehen.

mit der Begründung, dass die durch die Preiserhöhung eintretende Belastung der Verbraucher in Interesse des öffentlichen Wohls bei der durchschnittlichen Selbstkostenanlage des ostbairischen Braunkohlensyndikats nicht vertretbar werden kann. Ausserdem wurde ein Antrag des Syndikats für das rechtsrheinische Bayern auf Erhöhung der Preise für bayerische Presskohle um eine Mark je Tonne von den Organen der Kohlenwirtschaft einstimmig angenommen.

Vertreter der Streikenden bei Poincaré

PARIS, 27. September. Der Ministerpräsident Poincaré hat heute in Gegenwart des Arbeitsministers Loucheur eine Abordnung der Textilarbeitergewerkschaften in Nordfrankreich und der C. G. T. unter Führung Jouhaux empfangen. Diese Unterredung war von den nordfranzösischen Gewerkschaften beantragt worden, die den Ministerpräsidenten die Gründe für den Teilstreik in der Textilindustrie auseinandersetzen wünschten. Nach der Unterredung versammelten sich die Delegierten im Pariser Gewerkschaftshaus.

WERTHEIM

Leipziger Str. Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz
 Preise für Freitag und Sonnabend, soweit Vorrat.
 Fleisch, Fische, Geflügel, Obst und Gemüse werden nicht zugesandt.

Frisches Fleisch

- Kalbskamm u. Brust . . . Pfund 0.85
- Kalbsnierenbraten . . . Pfund 0.95
- Kalbskeule ganz und geteilt . . . Pfund 1.00

- Kalbskotelett . . . Pfund 1.60
- Kalbsschnittel . . . Pfund 2.00

- Querrippe . . . Pfund 0.80
- Gulasch . . . Pfund 0.90
- Rinderkamm u. Brust . . . Pfund 0.90
- Schmorfleisch u. Rostbrat. u. Knoch. 1.05
- Hammel-Vorderfleisch . . . Pfund 1.00
- Schweinabauch u. Rücken m. Bl. 0.98
- Schweinekamm u. Blatt m. Bl. 1.10
- Schweineschinken . . . Pfund 1.15
- Lieserl . . . Pfund 0.80
- Rücken . . . Pfund 0.95
- Kaßler Speck u. Kamm . . . Pfund 1.18
- Prima Anferrifleisch
- Suppenfleisch . . . Pfund 0.65
- Rinderkamm u. Brust . . . Pfund 0.70
- Rinderherzen . . . Pfund 0.60
- Kuh-Euter 0.28

Kolonialwaren

- Linsen gut gekocht 18 Pf.
- Linsen neue Ernte 48 Pf.
- Viktoria-Erbsen 26 Pf.
- Viktoria-Erbsen neue Ernte, Pfund 30 Pf.
- Hühner-Bouillon-Würfel „Olympia“ nach böhmisch, Art: Schoten mit Kalb-Fleisch, Hühner, Leber, Rindfleisch, 1/14 = 25 Teiler 1.95
- Suppenpulver nach böhmisch, Art: Schoten mit Kalb-Fleisch, Hühner, Leber, Rindfleisch, 1/14 = 25 Teiler 1.95

Konfitüren

- Olympia-Kakao . . . 1 M
- Milchkaramell . . . 45 Pf.
- Sandgebäck . . . Pfund 95 Pf.
- Vollmilch-Schokolade 7 Tafeln à 100 Gramm . . . 75 Pf.
- Tee-Misch. Darjeeling Ceylon China Indien Ceylon II 1/2 Pfund 2 M 1.85 1.70 1.55 1.25

Obst u. Gemüse

- Kodibirnen große, Pfund 10 Pf.
- Kaiserkrone Pfund 20 Pf.
- Grübirnen Pfund 22 Pf.
- Ramburäpfel Pfund 22 Pf.
- Tiroler Tafeläpfel 25 Pf.
- Kranzzeitgen Pfund 32 Pf.
- Goldtrauben Pfund 35 Pf.
- Tomaten Pfund 8 u. 12 Pf.

Blaue Pflaumen

- 5 Pfund 95 Pf.
- Kürbis . . . Pfund 8 Pf.
- Möhren gew. 2 Pfund 15 Pf.
- Rot- u. Weißkohl 8 Pf.
- Wirsingkohl 8 Pf., 9 Pf.
- Schmorgurken Pfund 9 Pf.
- Blumenkohl Kopf v. 10 Pf.
- Rosenkohl Pfund 35 Pf.
- Kartoffeln 10 Pfund 32, 42 Pf.

Räucherwaren

- Fetbäcklinge 35 u. 40 Pf.
- Makrelen Pfund 40 Pf.
- Schellfische Pfund 40 Pf.
- Bücklinge Pfund 45 Pf.
- Seeaal . . . Pfund 90 Pf.
- Spickade Pfund 35 Pf. von 2.55
- Lodis Pfund von 1.85 an

Kaffee

- frisch gebrannt, eigene Rösterel
- Konsum-Misch. Pfund 2.40
- Haushalt-Misch. „ 2.60
- Sonder-Misch. Pfund 3.00
- Olympia-Misch. Pfund 3.40
- Globus-Misch. Pfund 3.80
- Residenz-Misch. „ 4.20

Boo-Lin

Zitronen-
Gärungsgetränk
Verkauft: Tropfen-Abteilung
Auswahl
in den Frischabteilungen

Zigarren-Abteilung

- Nr. 120 unsortiert 12 Pf.
- Sumatra, leicht und angenehm, Klasse 10 Stück 5.70, Stück
- Globus Nr. 15 Sumatra - Deckblatt, feine Qualität, Klasse 20 Stück 7.15, Stück
- Gladiator feine Spezialmarke, Klasse 20 Stück 9.50
- Selim-Zigaretten (Spezialmarke) 25 Stück 95 Pf.

Wurstwaren

- Hausmohrerstülze 55 Pf.
- Blut- u. Leberwurst halbesche, Pfund 72 Pf.
- Dampf- u. Rohwurst 1.10
- Landleberwurst Pfund 1.20
- Melhwurst Art, Pfund 1.35
- Jagdwurst . . . Pfund 1.35
- Schinkenpolnische 1.55
- Filelwurst . . . Pfund 1.55
- Leberwurst feine, Pfund 1.70
- Pökelfleisch gekocht 1.70
- Zervelat u. Salami holsteinsche, Pfund
- Speck fett 1.20 mager 1.35
- Schinkenspeck Pfund 1.80
- Nußschinken ca. 2 Pfund schwer, Pfund 1.95
- Speckwurst Pfund 95 Pf.
- Berl. Melhwurst Pfund 1.20
- Bier- u. Teewürst Pfund 1.70

Käse u. Fette

- Camembert halbbüttel, 18 Pf.
- Camembert vollbüttel, Pfund 24 Pf.
- Camembert vollbüttel, 18 Pf.
- Ramadou halbbüttel, 28 Pf.
- Limburger Allgäuer halbbüttel, Pfund 65 Pf.
- Limburger ohne Rinde, 95 Pf.
- Tilsiter dreiviertel Pfund 95 Pf.
- Steinbuscher Pfund 82 Pf.
- Steinbuscher Pfund 82 Pf.
- Edamer halbbüttel, Pfund 85 Pf.
- Edamer vollbüttel, Pfund 1.15
- Holländer Pfund 85 Pf.
- Holländer vollbüttel, Pfund 1.15
- Briekäse vollbüttel, Pfund 1.10
- Schweizer dänischer halbbüttel, Pfund 98 Pf.
- Schweizer bayrischer vollbüttel, Pfund 1.40 an
- Margarine Pfund 52, 58 Pf.
- Kokosfett Pfund-Tafel 62 Pf.
- Speiseöl 1-Pfund-Paket 52 Pf.
- Tafelbutter Pfund 2.04, 2.10
- Dänische Butter Pfund 2.24

Konserven

- Gemüse - Erbsen 1/2 Dose 35 Pf.
- Süße Kirschen . . . 1.05
- Mirabellen . . . 1.15
- Erdbeeren . . . 1.45
- Delikatégurken 4 kg-D. 3.50
- Olssardinen portugiesische 35, 43, 76 Pf.
- Brat- u. Bismarck-hering, Rollmöps 95 Pf.
- Hering in Gelee 95 Pf.
- Apfelmus 1/2 Dose 35 Pf.
- Süße Kirschen . . . 1.05
- Mirabellen . . . 1.15
- Erdbeeren . . . 1.45
- Delikatégurken 4 kg-D. 3.50
- Olssardinen portugiesische 35, 43, 76 Pf.
- Brat- u. Bismarck-hering, Rollmöps 95 Pf.
- Hering in Gelee 95 Pf.

Kontituren, Eimer

- Vierfrucht 82 Pf.
- Pflaumen 95 Pf.
- Aprikosen 1.10
- Johannisb., Orange 1.15
- Erdb. 1.25
- Kirsch 1.35

Fische

- Grüne Heringe feine ostfische 5 Pfund 0.52
- Schellfische mittelgroß . . . Pfund 0.28
- Goldbars ohne Kopf . . . Pfund 0.35
- Seelachs ohne Kopf, ganze Fische, Pfund 0.40
- Kabeljau ohne Kopf, ganze Fische, Pfund 0.40
- Spiegelkarpfen lebend, Pfund von 1.15 an
- Lebende Schleie . . . Pfund 1.20 1.40

Geflügel u. Wild

- Junge Gänse . . . Pfund von 0.98 an
- Suppenhühner frisch geschlachtet, Pfund von 0.98 an
- Junge Tauben . . . Stück von 0.68 an
- Junge Enten . . . Pfund von 1.15 an
- Hirsch-Kochfleisch . . . Pfund 0.48
- Hirschblätter . . . Pfund 0.85
- Hirschkeulen . . . Pfund von 1.05 an
- Hirschkeulen . . . Pfund von 1.35 an

Wein

- Roter Johannisb.- u. Stachelbeerwein 90 Pf.
- Poetko's Apfelsaft alkoholfrei, naturrein
- 1927 Gleitszeller Kirchberg (flott. Tischwein)
- Domaine St. Coloma feiner span. Rotwein } 1.15
- Gold-Malaga reissab, kräftig
- 1927 Traisener Rotenfels frisch, blum. Nebew. } 1.40
- 1927 Nilleler Cijpel süßiger Tischmosel . . .
- 1924 Chät. Reingac vollstättiger Bordeaux
- 1926 Oppenheimer Saar blumig, lieblich. } 2 M
- 1926 Brauneberger Falkenberg sehr pikantier Mosel
- Douro-Portwein „Reserva“
- Fruchtschaumwein vorzügliche Qualität, mit Sauer und Pfirsiche 1.30
- Deutscher Weinbrand „Qualitätsbrand“ (Hausmarke) 3.70
- 9 Sorten Wein vom Faß zu Extrapreisen

Ihr Bruch

wird immer größer, wenn Sie ein schlechtes und lästiges Bruchband tragen. Durch solche Bänder verengert sich das Leiden und kann zur Todesursache werden. (Es entsteht Bruchklemmung, die operiert werden muß und den Tod zur Folge haben kann.) Fragen Sie Ihren Arzt. Hat dieser eine Bandage verordnet, dann muß es in Ihrem Interesse liegen, sich meine Ansehung, unverwundliche Spezial-Bandagen anfertigen zu lassen. Durch Tag und Nachttragen meiner Bandagen haben sich nachweislich Bruchleidende selbst bei Weitem A. B. schreie u. a. „Mein schwerer Leistenbruch ist endlich heil.“ Weitem Fr. Str. schreibt u. a. „Ich sehe mich geunglückt, Ihnen nach 2 Jahren meinen innigen Dank auszusprechen . . . wurde ich ganz befreit von meinem Leiden.“ Bandagen von H.M. 15.- an. Für Bruch- und Verfall-Leidende kostenlos zu sprechen in Berlin, Friedrichstr. 34, jeden Montag v. 10-5 Uhr, Sonntage v. 11-2 Uhr, Spandau, 2. Oktober v. 8-1 Uhr im Hotel Kaiserhof, Rathenow, 2. Okt. v. 8-6 Uhr im Hotel Fürstenhof, Potsdam, 3. Okt. v. 8-12 Uhr im Hotel Stadt Königsberg, Braunsberg, 1. Brandenburger, 3. Okt. v. 1-6 Uhr im Hotel Schwarzer Bar, Wittgenberg, 4. Okt. v. 1-6 Uhr im Hotel Schützen im Hotel Luckenwalde, 5. Okt. v. 8-1 Uhr im Hotel Hatzkeiler, Jüterbog, 5. Okt. v. 2-5 Uhr im Hotel zum goldenen Anker, Oranienburg, 6. Okt. v. 8-11 Uhr im Ebers-Hotel, Eberswalde, 8. Okt. v. 2-6 Uhr im Pinnow-Hotel.

K. Ruffing, Spezial-Bandagist, Köln, Kaiser-Wilhelm-Ring 20.

DER OPERETTEN-WELTERFOLG!

PAGANINI von FRANZ LEHAR

DER GROSSE SCHLAGER:

ern hab' ich die Frau'n geküsst!

Für Gesang und Klavier Rm. 1.80

Crescendo Theaterverlag Berlin SW 10

Erfolgreiche Kundenwerbung

erzielen vorausschauende Firmen durch rechtzeitige Anschaffung und gründliche Ausschöpfung des ungeheuren Adressenmaterials jeder Ausgabe des Deutschen Reichs-Adressbuchs für Industrie, Gewerbe, Handel u. Landwirtschaft von Rudolf Mosse, Berlin SW 19. — Band I der neuen Ausgabe ist bereits erschienen. Band II bis V folgen sukzessive, so dass bis Ende dieses Jahres die Gesamtausgabe komplett vorliegt. Sichern Sie sich die bald vergriffene Ausgabe durch sofortige Überweisung des Betrags von Mk. 90.— auf das Postcheckkonto Berlin 26517.

Warum soll man die Weltverkehrssprache Esperanto lernen?

Antwort geben unsere Aufklärungsschriften, die wir für 30 Pfennig postfrei senden. Katalog über Lehrmittel usw. kostenlos, Rudolf Mosse, Esperanto-Abteilung, Berlin SW 19, Jerusalem Str. 46-49.

Große Kaffee-Reklame

Unsere Kaffees sind die ausserordentlichsten Erzeugnisse der Weltproduktion. Wir importieren direkt und rösten in eigener modernster Rösterel. Sie haben also die Gewähr wirklich gut bedient zu werden.

Bis Donnerstag, den 4. Oktober, überreichen wir

auf jedes halbe Pfund Kaffee zu 2.²⁰ 2.⁰⁰ 1.⁶⁰

eine große Tafel (100 Gramm)

Qualitäts-Schokolade

Reichelt

Butter

Kaffee

über 150 eigene Läden

